

Garantie-Rente als Schutz gegen Altersarmut?

Rund 660 000 Rentner gingen 2010 einer geringfügigen Beschäftigung oder einem Minijob nach. Manche wollen arbeiten, viele kommen mit der Rente nicht aus.

Ja!

„Die Angst vor Altersarmut steigt.“

Wolfgang Strengmann-Kuhn, Bundestagsabgeordneter der Grünen, Fraktions-Sprecher für Rentenpolitik

Lange Zeit war Altersarmut in Deutschland kein Thema. Seit einiger Zeit steigen aber sowohl die Zahl der Personen, die Grundsicherung im Alter beziehen, als auch die Armutquoten der Älteren an. Das ist erst der Anfang.

Immer mehr Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiographien und Niedriglöhnen gehen in den Ruhestand. Außerdem nimmt die Zahl der Selbständigen mit geringen Einkommen ohne Absicherung zu. Gleichzeitig sinkt das Rentenniveau.

Zwar wurde durch die rot-grünen Rentenreformen erreicht, dass die Beitragssätze stabil bleiben, es wurde aber versäumt, ein Mindestniveau in das Rentensystem einzuziehen. Die Angst vor Alters-

armut steigt, was nicht nur sozialpolitisch, sondern auch ökonomisch schädlich ist.

Die Grünen setzen deshalb auf das Konzept einer Garantierente, bei der geringe Rentenansprüche auf ein staatlich garantiertes Mindestniveau aufgestockt werden. Eigene Rentenansprüche werden dabei nur zum Teil auf die Garantierente angerechnet, damit die, die mehr Beiträge einzahlen, auch weiterhin eine höhere Rente erhalten. Das ist sowohl aus ökonomischen wie Gerechtigkeitsgründen wichtig.

Die Einführung einer Garantierente ist nicht alles, bereits in der Erwerbsphase muss angesetzt werden: Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, Abbau prekärer Beschäftigung und nicht zuletzt die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung, bei der alle - auch Selbständige, Beamte und PolitikerInnen - auf alle Einkommen einzahlen. Dadurch erhöhen sich die Einnahmen der Rentenversicherung und langfristig sinken die Kosten der Garantierente, weil zunehmend wieder höhere eigene Rentenansprüche aufgebaut werden.

Nein!

„Das brachte Steuererhöhungen mit sich.“

Pascal Kober, Bundestagsabgeordneter der FDP, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die beste Maßnahme zur Verhinderung von Altersarmut ist ein Arbeitsplatz. Denn wer 35 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, wird kaum unter Altersarmut leiden – weil dessen Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter liegt. Anstatt sich nachsorgend um Armut zu kümmern, wenn sie bereits eingetreten ist, vertritt die FDP einen präventiven Ansatz. Folgerichtig hat diese Bundesregierung ihre Politik auf Wachstum und Arbeitsplätze ausgerichtet.

Besonders Alleinerziehende sind später häufig von Altersarmut bedroht, da sie oft nur in Minijobs oder Teilzeit arbeiten können. Dem müssen wir mit einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und

Beruf begegnen. Mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Angleichung der Rentenwerte in Ost und West sorgen wir außerdem dafür, dass mehr als 20 Jahre nach der Einheit endlich ein einheitliches Rentenrecht gilt. So wirken wir auch in den neuen Bundesländern künftiger Altersarmut entgegen.

Garantierenden hingegen lehnt die FDP ab. Sie müssten entweder durch Steuermittel finanziert werden, was die Haushalte erheblich belasten und Steuererhöhungen mit sich bringen würde, oder aus Mitteln der Rentenversicherung beglichen werden, also zu Lasten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Auch widersprüche eine pauschale Rentenanhebung bei Unterschreiten eines Mindesthöhe dem in der gesetzlichen Rentenversicherung verankerten Äquivalenzprinzip. Demnach richten sich Rentenleistungen nach der Höhe der gezahlten Beiträge. Eine prozentuale Anhebung hingegen könnte Altersarmut nicht vollkommen verhindern. Und ob pauschal oder prozentual – beides hätte Überholvorgänge zulasten derjenigen mit einer Rente knapp über der Mindesthöhe zur Folge.“